

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Marita Sehn, Jürgen Koppelin, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

**zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000
– Drucksachen 14/1400, 14/1910, 14/1922, 14/1923, 14/1924 –**

**hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz ist ersatzlos zu streichen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Gegenzug auch die deutschen Landwirte – ebenso wie ihre Kollegen in Frankreich und den Niederlanden – eingefärbtes Heizöl tanken dürfen.

Berlin, den 22. November 1999

**Ulrich Heinrich
Marita Sehn
Jürgen Koppelin
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann**

**Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Durch die Kürzungen bei der so genannten Gasölbetriebsbeihilfe werden die ohnehin schon schwierigen Wettbewerbsbedingungen der deutschen Landwirte im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten nochmals verschlechtert. Zudem führt die jetzige Änderung zu noch mehr Bürokratie. Eine weitere Benachteiligung von Betrieben, die die Obergrenze von 3 000 DM überschreiten, und Lohnunternehmern ist außerdem zu befürchten. Zudem gehen die Kürzungen in der Gemeinschaftsaufgabe, die die Abfederung bei der Gasölbetriebsbeihilfe ermöglichen sollen, in die falsche Richtung. Kürzungen in der Gemeinschaftsaufgabe führen zu weniger Investitionen und behindern den Ausbau einer unternehmerischen Landwirtschaft.

Durch die vielfältigen finanziellen und bürokratischen Belastungen der heimischen Landwirtschaft ist ein entschlossenes und zukunftsweisendes Handeln erforderlich: Die Abschaffung des Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetzes schafft diesen Freiraum, wenn die deutschen Landwirte im Gegenzug wie ihre Kollegen in Frankreich und den Niederlanden eingefärbtes Heizöl tanken dürfen.

Für den überregulierten Agrarbereich ist der Wegfall eines überflüssigen Gesetzes zudem ein wichtiges und richtiges Signal. Dadurch können Bürokratie abgeschafft und die zuständigen Verwaltungen von Ballast befreit werden.